

1. Einleitung:

Auf dem Weg zum grünen Kapitalismus?

Am 9. August 2007 stiegen die Zinsen für Interbankenkredite unvermittelt an, weil sich in den Monaten zuvor eine zunehmend außer Kontrolle geratene Hypothekenkrise in den USA entfaltet hatte. Um das Jahr 2005 hatte sich eine Immobilienblase in den Vereinigten Staaten aufgebaut, die wesentlich auf sogenannten *Subprime-Krediten* für arme Haushalte mit einer geringen Bonität beruht hatte. Weil sich die ökonomischen Rahmenbedingungen damals stark verschlechterten, konnten schon bald immer mehr dieser Haushalte ihre Kredite nicht mehr zurückzahlen. Da die unsicheren Kredite über Instrumente der *Verbriefung* weit im Bankensystem verteilt worden waren und viele Geldhäuser die entwerteten Papiere in ihren Bilanzen hatten, gerieten immer mehr Finanzakteure in Zahlungsschwierigkeiten. Das gegenseitige Vertrauen an den Finanzmärkten brach zusammen. Die westlichen Staaten versuchten, mit Bankenrettungen, Konjunkturprogrammen, Verstaatlichungen und begrenzten Regulierungen der Finanzmärkte zu intervenieren. Trotzdem griff die Krise auf die Realwirtschaft der meisten Ländern über. Damit markierte die neue ökonomische Krise den schwersten Einbruch seit der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre (Sablowski 2009). In der Folge stiegen die Schulden der Staaten erheblich an, so dass sich insbesondere in der Eurozone eine Staatsschuldenkrise entwickel-

te. Die wurde von den führenden Staaten der EU mit einer rigorosen Austeritätspolitik gegenüber den Schuldnerländern beantwortet (Demirović/Sablowski 2011; Forschungsgruppe ›Staatsprojekt Europa‹ 2012; Oberndorfer 2014).

Die Krise ist jedoch weder Ausdruck einer zufälligen Verkettung unglücklicher Umstände, noch ist sie auf die ökonomische Sphäre beschränkt. Vielmehr ist sie Ergebnis der grundlegenden Krisenhaftigkeit des Neoliberalismus. Diese historische Formation des Kapitalismus wurde im Zuge der Krise des Fordismus, der relativ stabilen Phase der Nachkriegszeit, durchgesetzt. Sie gestaltete die meisten Gesellschaften tiefgreifend in Richtung einer umfassenden Markt- und Wettbewerbsorientierung um. Die Bourgeoisie konnte dadurch ihre Machtposition gegenüber den untergeordneten Klassen erheblich ausbauen und die strukturelle *Überakkumulationskrise* des Kapitalismus für mehrere Jahrzehnte kontrollieren (Candeias 2009). Doch ebendiese war die eigentliche Ursache der Subprime-Krise, da das Anlage suchende Kapital in den Jahren vor der Krise immer stärker auf Immobilienkredite in den USA setzte. Dieses Geschäftsfeld ermöglichte jedoch keine nachhaltige Akkumulation. Die verschuldeten Lohnabhängigen konnten immer weniger die Renditeerwartungen des zinstragenden Kapitals bedienen (McNally 2008; Gowan 2009; Sablowski 2011a; Bischoff 2014a).

1. Einleitung

Ferner verschärften sich im Neoliberalismus über die ökonomischen Ungleichgewichte hinaus vielfältige Krisenprozesse, die sich zunächst getrennt voneinander und zumeist unter der Oberfläche der gesellschaftlichen Aufmerksamkeit entwickelten. Soziale Ungleichheit, Armut, Arbeitslosigkeit und Prekarisierung nahmen zu. Die Loyalität der Bevölkerungen gegenüber den politischen Institutionen wurde brüchig. Die Umweltzerstörung erreichte nie dagewesene Ausmaße (Brunnengraber/Dietz 2011). Die Weltwirtschaftskrise wirkte dann als Katalysator, durch den sich diese Widersprüche zu einer *multiple Krise* des Neoliberalismus zuspitzten (Demirović et al. 2011). Sie leitete damit eine Übergangsperiode ein, die durch ein widersprüchliches Nebeneinander von verschärften Krisenprozessen, einem relativ erfolgreichen Krisenmanagement im Interesse der bisherigen Eliten und über den Neoliberalismus hinausweisenden Strategien gekennzeichnet ist.

In diesem Kontext werden ganz verschiedene Strategien verfolgt und Konzepte entwickelt, die darauf zielen, die hergebrachten Verhältnisse zu restabilisieren oder den Kapitalismus in einer neuen historischen Formation zu revitalisieren. Mein Interesse liegt vor allem auf den Entwürfen eines *Green New Deal* bzw. einer *Green Economy* (Green New Deal Group 2008; UNEP 2011). In Anlehnung an den New Deal, den die Roosevelt-Regierung in der Großen Depression der 1930er Jahre auf den Weg gebracht hatte, schlugen sie eine forcierte ökologische Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft vor, um die multiple Krise bearbeiten zu können und eine neue, zukunftsfähige Gesellschaftsform zu begründen. Von diesen Ansätzen ausgehend wurde insbesondere in den kritischen Sozialwissenschaften

diskutiert, ob sich ein *grüner Kapitalismus* herausbilden könnte. Er könnte zwar die Ursachen der kapitalistischen Krisenprozesse nicht lösen, aber der Bearbeitung der gesellschaftlichen Widersprüche eine relativ stabile Bewegungsform geben (Kaufmann/Müller 2009).

Um die Bedeutung und Plausibilität eines solchen Szenarios einschätzen zu können, ist es notwendig, das Verhältnis von Gesellschaft und Natur auf einer theoretischen Ebene zu bestimmen. So war die kapitalistische Produktionsweise seit ihren Anfängen von *gesellschaftlichen Naturverhältnissen* geprägt, die die Natur vollständig den sozialen Zwecken unterwarfen und damit ihre fortschreitende Zerstörung in Kauf nahmen. Die Strategien, die darauf ausgerichtet sind, diese *Naturbeherrschung* zu verallgemeinern und zu bewahren, bezeichne ich in dieser Arbeit als *graues Hegemonieprojekt*. Dagegen entwickelten sich in der ökologischen Krise der 1970er Jahre Strategien, die versuchten, nachhaltigere Aneignungsformen von Natur gegen die etablierte Praxis der Naturzerstörung durchzusetzen. Diese fasse ich als *grünes Hegemonieprojekt* zusammen. Provozierten insbesondere die neuen Umweltbewegungen zunächst noch einen antagonistischen Konflikt gegen die herrschenden Kräfte, wurde das grüne Projekt mit der Herausbildung des Neoliberalismus zunehmend dessen Prinzipien ein- und untergeordnet. Zwar wurden die ökologischen Krisenfolgen selektiv bearbeitet. Doch die gesellschaftlichen Struktureigenschaften wurden gerade nicht verändert, sondern das Management der Umweltzerstörung wurde sogar genutzt, um neue Geschäftsfelder und Akkumulationsmöglichkeiten zu erschließen (Brand/Görg 2003; Görg 2003a).

Das Wesen eines grünen Kapitalismus bestünde darin, dass diese grünen Stra-

tegien aufgegriffen, weiterentwickelt und zur Grundlage einer neuen relativ stabilen Periode des Kapitalismus gemacht würden. Darin würden alle gesellschaftlichen Energien auf eine ökologische Umgestaltung der Gesellschaft ausgerichtet. Eine umfassende ökologische Modernisierung würde als gesellschaftlicher Entwicklungsmotor fungieren. Kritische Sozialwissenschaftler*innen¹ diskutieren kontrovers, ob eine solche kapitalistische Entwicklungsweise möglich und plausibel ist (Kaufmann/Müller 2009; Rest 2011; Candeias 2012a; Brand/Wissen 2013). Diese Frage wird sich jedoch erst ex post endgültig beantworten lassen, wenn sich in der Bearbeitung der multiplen Krise eine dominante Richtung herauskristallisiert hat.

Allerdings können mögliche Szenarien und Entwicklungswege in Richtung eines grünen Kapitalismus bestimmt werden. Um zu einer plausiblen Einschätzung zu kommen, welches Szenario eintreten könnte, muss nach Hinweisen auf Veränderungen und Strategien gesucht werden, die auf eine tiefgreifende ökologische Modernisierung der Gesellschaft orientieren. Denn die entscheidende Bedingung für die Herausbildung eines grünen Kapitalismus besteht darin, dass wirkungsmächtige Akteure die Führung über eine solche Transformation übernehmen. Oder es müssen sich zumindest gesellschaftliche Prozesse in diese Richtung vollziehen, auch wenn sie nicht willentlich von sozialen Kräften vorangetrieben werden. *Meine Frage lautet deshalb, ob sich in den Auseinandersetzungen um die Bearbeitung der multiplen Krise gesellschaftliche Veränderungen vollziehen oder Strategien vorangetrieben werden, die auf eine tiefgreifende ökologische Modernisierung der kapitalistischen Gesellschaft zielen, und ob sich dadurch ein grüner Kapitalismus als neue historische Formation durchsetzen könnte.*

Die kritische Debatte um einen grünen Kapitalismus wurde bisher kaum durch eingehende empirische Untersuchungen gegenwärtiger gesellschaftlicher Transformationsprozesse geprüft und unterfüttert. Das kann durch global angelegte Überblicksuntersuchungen angegangen werden (Rest 2011). Vor allem aber müssten in zentralen Ländern und gesellschaftlichen Feldern detaillierte Forschungsprojekte durchgeführt werden, um tatsächlich soziale Bedingungen und Triebkräfte zu identifizieren, die die Gesellschaft auf den oben angedeuteten Entwicklungsweg einer forcierten ökologischen Modernisierung festlegen könnten. Erst auf einer solchen Basis ließen sich fundierte Einschätzungen zum Potenzial eines grünen Kapitalismus in der multiplen Krise formulieren. Mit der vorliegenden Arbeit möchte ich einen Beitrag dazu leisten, diese Lücke zu schließen.

Eine weitere Verkettung katastrophaler Ereignisse brachten mich auf die Idee, die deutsche Energiepolitik in der siebzehnten Legislaturperiode (2009-2013) zum Gegenstand meiner Fallstudie zu machen: Am 11. März 2011 um 14:46 Uhr japanischer Ortszeit ereignete sich das heftige Tōhoku-Erdbeben vor der Küste Japans, das einen schweren Tsunami auslöste. Schon das Erdbeben beschädigte die sechs Reaktorblöcke des am Meer gelegenen japanischen Atomkraftwerks Fukushima Daiichi schwer. Ab 15:35 Uhr überschwemmten Tsunamiwellen mit einer Höhe von bis zu 15 Metern die nur knapp 6 Meter hohe Schutzmauer und fluteten die nur geringfügig höher liegenden Reaktorblöcke. Dadurch brach die Stromversorgung des Kraftwerks fast vollständig zusammen, so dass die Notkühlung mehrerer Reaktorblöcke und Abklingbecken für abgebrannte Brennelemente ausfiel. Trotz

1. Einleitung

hektischer Gegenmaßnahmen kam es in der Folge in drei Blöcken zu Kernschmelzen. Die Katastrophe konnte sich über mehrere Tage weitgehend unkontrolliert entfalten. Große Mengen hochradioaktiven Materials gelangten in die Umwelt. In den folgenden Monaten versuchte der Betreiber Tepco die Anlage zu stabilisieren. Diese Bemühungen wurden immer wieder von erschreckenden professionellen Fehlern und neuen Störfällen zurückgeschlagen. Die Eindämmungs- und Abrissarbeiten werden noch Jahrzehnte dauern. Auf der INES-Skala (Internationale Bewertungsskala für nukleare Ereignisse) wurde die Katastrophe – wie das Tschernobyl-Desaster – auf der Höchsthstufe 7 eingeordnet. Sie kontaminierte Böden, Luft und Meer in der weiteren Umgebung, machte weite Gebiete langfristig unbewohnbar und wird noch eine kaum zu beziffernde Anzahl von Menschen Gesundheit und Leben kosten.

Das Tōhoku-Erdbeben und der folgende Tsunami waren Naturereignisse, die die praktische Naturbeherrschung in Form der zivilen Nutzung der Atomenergie scheitern ließen. In diesem Versagen wurde das widerständige und unverfügbare Moment der Natur, ihre *Nichtidentität*, für einen Augenblick sichtbar. Wie eine solche Erfahrung gesellschaftlich verarbeitet wird, hängt jedoch davon ab, welche soziale Deutung der Geschehnisse die Oberhand gewinnt und welche praktischen Konsequenzen sich in den gesellschaftlichen Kämpfen durchsetzen (Görg 2003a, 45ff.). So wurden in Japan alle Atomkraftwerke für mehrere Jahre abgeschaltet. Die bisher schwache Anti-Atom-Bewegung erlebte einen deutlichen Aufschwung. Trotzdem halten Regierung und Industrie grundsätzlich an der Technologie fest (Spiegel Online 2014b). Auch in vielen anderen Ländern wuchs die Ablehnung der Atomkraft. Noch im Jahre 2011

beschloss die Schweiz einen langfristigen Atomausstieg (Zacharakis 2011). Die italienischen Bürger*innen entschieden sich bei einem Referendum mit einer nahezu hundertprozentigen Mehrheit gegen einen geplanten Wiedereinstieg in die Atomenergie (Schlamp 2011). Allerdings bewirkte der Super-GAU global keine grundsätzliche Abkehr von der Atomtechnologie.

Zwar war die deutsche Gesellschaft nach dem bisherigen Wissensstand materiell kaum von dem Reaktorunglück betroffen. Doch die Katastrophe traf in Deutschland auf eine spezifische gesellschaftliche Situation, die erklärt, warum die gesellschaftliche Rezeption des Ereignisses hierzulande zu einem massiven politischen Umschwung führte. Noch wenige Monate zuvor hatte die Regierung Merkel eine erhebliche Laufzeitverlängerung für die deutschen Atomkraftwerke beschlossen. Unmittelbar nach Fukushima entschied sie sich, aus der Atomkraft auszuweichen und ihre sogenannte Energiewende einzuleiten. Denn die ohnehin historisch starke Anti-Atom-Bewegung hatte durch ihre Proteste gegen die Laufzeitverlängerung eine enorme gesellschaftliche Breite und Vehemenz gewonnen. Deren Forderungen übersetzten sich mit der japanischen Tragödie in die Regierung und konnten sie zu der energiepolitischen Kehrtwende zwingen. Das Desaster wirkte also als Kippunkt und Katalysator einer lange aufgestauten gesellschaftlichen Dynamik, die erst nachhaltig an den Abschirmvorrichtungen des Staates gescheitert war und nun umso unvermittelter auf seinen Kern übergriff. Die gesellschaftlichen Begehren glichen metaphorisch gesprochen dem Pazifischen Ozean. Zum gleichen Zeitpunkt, als die Riesenwellen über das japanische Atomkraftwerk hereinbrachen, überstiegen sie die Schutzmauern der deutschen

Regierung und überfluteten ihre Kommandozentren.

Um diesen Umbruch zu verstehen ist es nötig, seinen historischen Kontext einzubeziehen. Denn auch in der deutschen Energiepolitik hatten sich ein graues und ein grünes Hegemonieprojekt herausgebildet. Zu Zeiten des Fordismus konnten die Kräfte des grauen Projekts, vor allem Stromkonzerne und Industrie, noch den Aufbau der Atomwirtschaft relativ ungestört durchsetzen. Ab den 1970er Jahren wurden sie von den erstarkenden Kräften des grünen Projekts, insbesondere den neuen sozialen Bewegungen und den Umweltverbänden, herausgefordert. Durch die energiepolitischen Auseinandersetzungen der folgenden Jahrzehnte gewannen die grünen Kräfte immer mehr Einfluss. Allerdings blieben die klassischen Konzerne weiterhin dominant und die Umweltbewegung passte sich zunehmend an die vorherrschenden gesellschaftlichen Strukturen an (Mautz/Byzio/Rosenbaum 2008; Becker 2011a; Barth 2013; Radkau/Hahn 2013).

Die eigentlich dominierenden Stromkonzerne gerieten gegenüber der aufstrebenden grünen Branche zusehends in eine Defensive, die zu einer wachsenden Gefahr für ihre wirtschaftliche Vormachtstellung wurde. Vor diesem Hintergrund forcierten sie eine Verlängerung der Laufzeiten ihrer Atomkraftwerke. Damit fanden sie seit 2009 Unterstützung bei der neu gewählten schwarz-gelben Bundesregierung unter Angela Merkel. Diese setzte die Laufzeitverlängerung gegen massive Widerstände aus weiten Teilen der Zivilgesellschaft durch. In diese Konstellation traf nun am 11. März 2011 die Nachricht von den dramatischen Ereignissen in Japan. Aufgrund des immensen Stimmungsumschwungs in großen Teilen der Gesellschaft entschied sich die Regierungsspitze um Bundeskanz-

lerin Merkel, zu einem mittelfristigen Ausstiegspfad in Deutschland zurückzukehren und ihre Energiepolitik grundsätzlich neu auszurichten. Nur wenige Monate später, am 30. Juni, beschloss der Bundestag mit großer Mehrheit den von der Bundesregierung ausgearbeiteten neuen Atomausstieg bis 2022. Er war zudem in ein umfangreiches Gesetzespaket eingebettet, mit dem die verkündete *Energiewende* umgesetzt werden sollte (Koch/Pötter/Unfried 2012; Lechtenböhrer/Luhmann 2013; Schreurs 2013).

Auf der einen Seite scheinen die geschilderten energiepolitischen Prozesse die Entwicklung der letzten Jahrzehnte fortzusetzen. Das grüne Hegemonieprojekt setzte sich zwar nur durch harte Auseinandersetzungen, aber doch mit stetigen Schritten und einer klaren Tendenz gegenüber dem grauen Hegemonieprojekt durch. Die Zäsur von Fukushima könnte sogar einen Wendepunkt markieren, durch den das grüne Projekt tatsächlich eine führende Position in der Energiepolitik erreichen könnte. Darüber hinaus wäre es möglich, dass sich die Stromkonzerne von ihren fossil-nuklearen Strategien abwenden und nun mit aller Kraft auf grüne Technologien umschwenken. Nicht zuletzt ist auch bemerkenswert, dass eine eigentlich konservative Regierung ihren traditionellen Kurs aufgab und selbst den Umbau der Stromversorgung forcierte.

Auf der anderen Seite wecken jedoch einige Punkte bei einer genaueren Betrachtung Zweifel an einer solchen Entwicklung. Der Erfolg der grünen Akteure könnte dadurch begrenzt werden, dass das Energiesystem nicht möglichst schnell auf eine Vollversorgung mit dezentralen erneuerbaren Energien und neuen sozialen Träger*innen umgestellt wird. Denn die grauen Akteure konnten offenbar nicht

1. Einleitung

nur eine Transformation der Erneuerbaren-Förderung zu ihren Gunsten erreichen. Darüber hinaus bekämpften sie weiterhin die Energiewende, um ihre fossil-nuklearen Erzeugungsstrukturen zu verteidigen. Kurz nachdem das Energiepaket im Sommer 2011 verabschiedet worden war, begannen sie mit massiven ideologischen Angriffen auf die grünen Technologien, die die verbleibende Zeit der siebzehnten Legislaturperiode prägten. Die Attacken untermauerten die Zweifel. Schließlich ließ die Regierung die Hälfte der Atomkraftwerke noch sehr lange weiterlaufen und beschleunigte die Energiewende keineswegs. Das deutet darauf hin, dass sie weiterhin die Interessen der mächtigen Konzerne berücksichtigte und kein Interesse an einer tatsächlich konsequenten ökologischen Umstellung der Energieversorgung zeigte.

Diese widersprüchlichen Tendenzen nehme ich zum Anlass, Veränderungen und Strategien in der deutschen Energiepolitik zu erforschen, die eine tiefgreifende ökologische Modernisierung der deutschen Gesellschaft forcieren könnten. Dazu leite ich aus meiner allgemeinen Frage weitere Fragen an die Fallstudie ab: Wie entwickelten sich vor dem Hintergrund von Fukushima die Auseinandersetzungen zwischen den politischen Kräften des grünen und des grauen Hegemonieprojekts, die versuchen ihre Strategien durchzusetzen und die Führung in der deutschen Energiepolitik zu übernehmen? Zu welchen Aspekten bildete sich ein Konsens heraus und welche blieben umstritten? Auf welchen Terrains und in welchen Formen wurden diese Kämpfe ausgetragen? Welche Rolle spielte die Bundesregierung in diesen Auseinandersetzungen? In welchem Verhältnis stehen die Prozesse in der siebzehnten Legislaturperiode zu den langfristigen Entwicklungen der deutschen Energiepolitik? Ferner

sollen die Fragen beantwortet werden, ob und in welcher Weise sich die Kräfteverhältnisse zwischen den beiden Projekten verschoben und sich die Projekte selbst veränderten.

Um bestimmen zu können, welche Implikationen die deutsche Energiepolitik für die Chancen eines grünen Kapitalismus hat, gilt es zu ergründen, ob und wie die multiple Krise und die politikfeldspezifischen Entwicklungen zusammenhängen. Dafür ist es notwendig, die spezifische Gestalt der Vielfachkrise in Deutschland zu bestimmen. So gewann die Bundesrepublik auf Grundlage eines besonders erfolgreich durchgesetzten neoliberalen Modells eine zunehmend dominante Position in der EU (Röttger 2012; van der Pijl/Holman 2013). Die Kehrseite dieses Modells waren jedoch soziale Krisenphänomene, die sich immer weiter in der Gesellschaft ausbreiteten (Dörre 2009b; Lux 2013). Durch solche Erfahrungen entfremdeten sich zwar viele Menschen von den politischen Institutionen. Die Krisenprozesse führten allerdings eher zu einer verbreiteten politischen Passivität und lösten deshalb keine offene politische Krise aus (Bischoff et al. 2010; Detje et al. 2011b). Auch die Weltwirtschaftskrise verschärfte die gesellschaftlichen Widersprüche. Doch es gelang den Regierenden, die Krise zu kontrollieren und die hergebrachten gesellschaftlichen Verhältnisse zu erhalten (Demirović 2011). Denn während sie in der EU eine kompromisslose Austeritätspolitik durchsetzten (Demirović/Sablowski 2011), sicherten sie in Deutschland den sozialen Frieden durch materielle Zugeständnisse an relevante Teile der Bevölkerung (Lehndorff 2012).

In meiner Untersuchung werde ich die These entwickeln, dass diese widersprüchliche gesellschaftliche Situation wesentlich

durch die speziellen Herrschaftstechniken von Bundeskanzlerin Merkel zu erklären ist. Die Regierungsform, die ich als *Merke-lismus* bezeichne, ist ein Ausdruck und zugleich eine Antwort der Eliten auf die beschriebene gesellschaftliche Situation (von Lucke 2010b; Bischoff/Radke 2013; Wagner 2013). Sie zielt darauf, die etablierten gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnisse und die eigene Macht der Regierung zu bewahren. Das gelingt der Bundeskanzlerin, indem sie artikulationsfähige Forderungen aus der Gesellschaft in einer Weise integriert, durch die die Auseinandersetzungen entpolitisiert und ihre ursprünglichen Träger*innen passiviert werden. Dadurch kann sich die Kanzlerin als unmittelbare Vertreterin der gesamten Nation inszenieren, spitzt aber zugleich die autoritären Tendenzen des Neoliberalismus zu. Weil die Regierung jedoch über kein sinnstiftendes Zukunftsprojekt verfügt, verbirgt sich hinter ihrer vordergründigen Stärke eine ernsthafte politische Krisenanfälligkeit (Lieber 2011).

Um eine Antwort auf meine Frage zu entwickeln, soll die Bedeutung der energiepolitischen Veränderungen vor dem Hintergrund der Krisenprozesse und des Regierungsmodells in Deutschland beleuchtet werden. Aus diesen Erkenntnissen sollen Lehren für die Chancen und die mögliche Gestalt eines grünen Kapitalismus in der multiplen Krise gezogen werden. Ich möchte zu einer fundierten Einschätzung kommen, wie realistisch es tatsächlich ist, dass eine solche historische Formation aus der gegenwärtigen Krisenkonstellation hervorgeht und wie ein gesellschaftlicher Entwicklungsweg in diese Richtung aussehen könnte.

Deshalb frage ich: Welche Bedeutung haben die Entwicklungen in der deutschen Energiepolitik der siebzehnten Legislatur-

periode für das Potenzial und die mögliche Gestalt eines grünen Kapitalismus, der aus den Auseinandersetzungen um die Bearbeitung der multiplen Krise hervorgehen könnte? Diese Frage soll weiter spezifiziert und zergliedert werden. Zunächst betrachte ich die Potenziale einer solchen kapitalistischen Formation innerhalb der Grenzen des energiepolitischen Feldes. Folglich formuliere ich die Frage, ob und in welcher Weise sich vor dem Hintergrund von Fukushima in den Auseinandersetzungen um die deutsche Energiepolitik der siebzehnten Legislaturperiode Akteure herauskristallisierten, die willens und in der Lage sind, eine forcierte ökologische Modernisierung der Stromversorgung anzuführen, oder sich zumindest gesellschaftliche Veränderungen vollzogen, die einen sukzessiven ökologischen Umbau der Stromversorgung herbeiführen. Auf dieser Grundlage lässt sich eine Antwort auf die Frage geben, ob und in welcher Weise die Veränderungen in der Energiepolitik als Keimform eines grünen Kapitalismus verstanden werden können und sich daraus ein allgemeines Muster herausarbeiten lässt, wie eine Entwicklung in Richtung eines grünen Kapitalismus aussehen könnte. Darauf aufbauend können die analytischen Schlussfolgerungen vorsichtig und schrittweise verallgemeinert werden, indem gefragt wird, ob und in welcher Weise sich das Muster in der deutschen Energiepolitik auf andere gesellschaftliche Ebenen übertragen lässt.

Für die jüngere deutsche Energiepolitik habe ich mich aus mehreren Gründen entschieden. *Erstens* hat sich das grüne Hegemonieprojekt in der deutschen Gesellschaft langfristig entwickelt und eine relative Stärke erreicht. Deutschland gilt als Vorreiter der ökologischen Modernisierung. Um-

1. Einleitung

weltschutz spielt in der Öffentlichkeit eine große Rolle. Mit den Jahrzehnten hat sich eine umfangreiche Umweltgesetzgebung entwickelt. Sollte tatsächlich die Entwicklung eines grünen Kapitalismus vorangetrieben werden, ist die Wahrscheinlichkeit relativ hoch, dass sich solche Veränderungen in Deutschland beobachten lassen. Ferner erschien es mir notwendig eine Fallstudie zu wählen, in der schon lange grüne Strategien vorangetrieben werden, um zu vermeiden, aus kurzfristigen Umbrüchen auf tiefgreifende Transformationsprozesse zu schließen (vgl. 4.2).

Zweitens erweist sich die Bundesrepublik gerade in der schweren Krise des Neoliberalismus als mächtiger Staat in der Europäischen Union und der kapitalistischen Welt. Sie dominiert die Richtung des Krisenmanagements in der EU und hat zugleich eine gewisse Vorbildrolle in der Krisenkonstellation. Deshalb könnten die dominanten Krisenstrategien hierzulande weitergehende Auswirkungen haben, indem sie auch die Entwicklungen in anderen Ländern beeinflussen (vgl. 4.1. und 7.2.2).

Drittens ist der Energiesektor zentral für die mögliche Durchsetzung eines grünen Kapitalismus, weil die Entstehung der kapitalistischen Produktionsweise eng mit der fossilistischen Energiewirtschaft verbunden ist. Damit repräsentiert er besonders deutlich die kapitalistische Form der Naturbeherrschung und deren aktuelle Krise. Andererseits sind in diesem Bereich Ansätze einer ökologischen Modernisierung global am weitesten fortgeschritten (vgl. 3.1.3). *Viertens* spielt die Energieversorgung in den deutschen Naturverhältnissen eine besonders wichtige Rolle. Der Konflikt um die Atomenergie hat die sozial-ökologische Krise in den 1970er Jahren und die folgenden Auseinandersetzungen um die Naturverhältnisse geprägt. Zugleich

ist die Erneuerbare Energien-Branche zum stärksten Teil der grünen Kapitalfraktion herangewachsen (vgl. 4.2). *Fünftens* spitzten sich die Auseinandersetzungen in der deutschen Energiepolitik in den letzten Jahren zu. Der sogenannte energiewirtschaftliche *Systemkonflikt* drängt zu einer Entscheidung, ob und in welchem Maße die grauen, fossil-nuklearen Strategien fortgeführt werden können oder inwiefern sich grüne Strategien durchsetzen, die das Energiesystem auf Grundlage erneuerbarer Energien umbauen (vgl. 5.2.1). Dieser Kampf wird durch die Atomkatastrophe von Fukushima verschärft. Sowohl der anschließende (Anti-)Atomkonsens als auch die Konflikte um die Energiewende sind zentrale Faktoren für den Ausgang des Systemkonflikts. Deshalb fokussiere ich mich auf die Erneuerbare Energien- und die Atompolitik.

Allerdings müssen Eingrenzungen und Beschränkungen der Fallstudie deutlich gemacht werden, die forschungspraktischen Grenzen geschuldet sind. *Sachlich* begrenze ich mich auf die Stromproduktion – Wärme und Treibstoffe bleiben außen vor. Ferner richtet sich der Fokus der Arbeit auf die *Politics*, also die politischen Prozesse. Die *Policies*, die politischen Inhalte, sollen in ihren Grundzügen erläutert, aber nicht eingehend diskutiert werden. Ebenso wenig können volkswirtschaftliche und technologische Grundlagen bzw. Entwicklungen betrachtet werden. Den Schwerpunkt der Arbeit bilden außerdem die politischen Auseinandersetzungen zwischen gesellschaftlichen Akteuren und Staatsapparaten. Die Bedeutung von Diskursen und Alltagsbewusstsein wird nur ergänzend aufgegriffen. Schließlich werde ich keine Aussagen über die *prinzipielle Möglichkeit* eines grünen Kapitalismus treffen, sondern nur politische Strategien und Tendenzen in diese

Richtung identifizieren. Ferner konzentriere ich mich *räumlich* auf Deutschland. Energiepolitische Entwicklungen auf inter- und supranationalen Ebenen werden nur ergänzend hinzugefügt. Das ist zum einen der forschungspragmatischen Begrenzung der Arbeit geschuldet. Es ist aber auch damit zu erklären, dass tatsächlich die nationale – und subnationale – Ebene entscheidend für die untersuchten Entwicklungen der deutschen Energiepolitik waren. Allerdings muss darauf hingewiesen werden, dass die übergeordneten Scales, insbesondere die Europäische Union, eine wachsende Rolle für die nationale Energiepolitik spielen² (Hirschl 2008, 307–554). In vergleichbaren Untersuchungen zu anderen Politikfeldern, in denen die internationale Ebene eine größere Rolle spielt, müssten stärker die Interaktionen im multi-skalaren, internationalisierten Staat einbezogen werden.

Um Antworten auf meine Frage zu finden, habe ich 36 Expert*inneninterviews durchgeführt (Gläser/Laudel 2009; Meuser/Nagel 2009, Kruse 2014). Der Großteil der Gespräche fand im Zeitraum von September 2012 bis Januar 2013 statt. Zwischen März und August 2013 habe ich vier nachholende Gespräche geführt. Ich habe Organisationen aus den Bereichen soziale Bewegungen, Umweltverbände, Gewerkschaften, Verbraucher*innenverbände, Kapitalverbände, Parteien und Staatsapparate befragt. Bei fünf Akteuren habe ich mich jeweils für zwei Gespräche mit unterschiedlichen Repräsentant*innen entschieden, weil das erste Gespräch entweder zu kurz ausfiel oder ein weiteres Gespräch zusätzliche produktive Einsichten versprach. Nur drei Akteure haben meine Anfrage endgültig verneint bzw. konnten mir keine Gesprächspartner*innen anbieten: das Bundeskanzlerinnenamt, die Bun-

desnetzagentur und der Bundesverband Solarwirtschaft. Eine Liste der Interviews habe ich am Ende der Arbeit beigelegt. Ich muss allerdings darauf hinweisen, dass nicht alle Gesprächspartner*innen, die ich stellvertretend für einen Akteur interviewt habe, zum Zeitpunkt des Gesprächs noch für die entsprechende Organisation tätig waren. Bei den betreffenden Personen konnte ich jedoch einschlägige Erfahrungen und Einblicke in die Aktivitäten und Strategien der interessierenden Institutionen voraussetzen.

Zum Aufbau der Arbeit: Nach der Einleitung präsentiere ich im *zweiten Kapitel* zunächst die *theoretisch-konzeptionellen Grundlagen*, mit deren Hilfe ich die untersuchten gesellschaftlichen Entwicklungen erkläre und in mein Gesellschaftsverständnis einordne. Eingangs möchte ich meine zentralen theoretischen Ausgangspunkte deutlich machen, die sich als strategisch-relationaler Marxismus zusammenfassen lassen (2.1). Danach gehe ich auf die einzelnen theoretischen Beiträge ein, auf die ich mich beziehe (2.2). Zunächst soll ausgehend von einer Kritik marxistischer Klassentheorien ein historisch-materialistischer Begriff von Akteuren und Kräften entwickelt werden, um die soziale Basis und die Subjekte der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen konzeptualisieren zu können. Darauf aufbauend stelle ich die *Philosophie der Praxis* von Antonio Gramsci vor. Sie ist geeignet, zu verstehen, wie verschiedene gesellschaftliche Kräfte darum ringen, ihre Interessen gesellschaftlich zu verallgemeinern. Anschließend soll die Staatstheorie von Nicos Poulantzas präsentiert werden. Mit ihr kann erklärt werden, wie sich die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse in den Staatsapparaten verdichten und dort entsprechend der eigenen Selektivität des

1. Einleitung

Staates verarbeitet werden. Diese marxistischen Theorien des Politischen sollen durch den Ansatz der gesellschaftlichen Naturverhältnisse vervollständigt werden. Er ist notwendig, um die Wechselbeziehungen zwischen Gesellschaft und Natur in die Analyse sozialer Prozesse integrieren zu können. Schließlich soll auf dieser Grundlage ein marxistisches Verständnis der politischen Krise herausgearbeitet und die Formen von Ausnahmestaatlichkeit erläutert werden, die auf solche Krisen zurückzuführen sind. Darauf aufbauend werde ich eine historisch-materialistische Policy-Analyse (HMPA) vorstellen. Dabei gehe ich von einer Kritik an anderen Varianten der Politikfeldanalyse aus. Mit der HMPA lassen sich die genannten Theorien für die Untersuchung der deutschen Energiepolitik operationalisieren (2.3).

Im *dritten Kapitel* werde ich in einer *zeitdiagnostischen Analyse* nachzeichnen, wie sich die zuvor beschriebenen allgemeinen Eigenschaften kapitalistischer Gesellschaften in den letzten Jahrzehnten in den historisch-konkreten Gesellschaftsformationen manifestierten. In einem ersten Schritt werden die wesentlichen Elemente und Krisenerscheinungen der neoliberalen Produktions- und Lebensweise zusammengetragen (3.1). Die Auseinandersetzungen im und um den neoliberalen Staat spielen eine wichtige Rolle in meiner Arbeit. Deswegen widme ich mich den *poulantzianischen* Analysen zur Staatsform des autoritären Etatismus, die im Neoliberalismus weiter Bestand hat und auch den deutschen Staat prägt. Eine besondere Aufmerksamkeit soll ferner der Geschichte von grauem und grünem Hegemonieprojekt, den ökologischen Krisenprozessen und den neoliberalen Naturverhältnissen geschenkt werden. Denn sie bilden den Hintergrund für die Potenziale eines grünen Kapitalis-

mus und für die konkreten Kämpfe um die deutsche Energiepolitik. Die angesprochene Weltwirtschaftskrise wirkte als Katalysator der vielfältigen Widersprüche des Neoliberalismus, die sich dadurch zu einer manifesten Krise zuspitzten. Sie bildet den globalen Kontext, in dem sich die Entwicklungen in Deutschland bewegen (3.2). Die krisenbedingten Transformationen von Staatlichkeit werden im autoritären Aussteritätsregime der EU erkennbar, das unmittelbare Relevanz für die gegenwärtige Regierungspolitik in Deutschland hat. Am Ende des Kapitels gebe ich schließlich die Debatte um einen grünen Kapitalismus wieder. Ich diskutiere die Chancen und die mögliche Gestalt einer daraus hervorgehenden neuen historischen Formation.

Im *vierten Kapitel* beginne ich damit, die Ergebnisse der historisch-materialistischen Policy-Analyse der deutschen Energiepolitik aufzubereiten. Ihr erster Baustein besteht aus der *Kontextanalyse*, die zugleich die Brücke zwischen globaler Zeitdiagnose und konkreter Fallstudie schlägt. Der Schritt dient dazu herauszuarbeiten, welche spezifischen Formen die im dritten Kapitel beschriebenen jüngeren Entwicklungen der kapitalistischen Gesellschaften in Deutschland annehmen. Diese wirken als Rahmenbedingungen der energiepolitischen Auseinandersetzungen der siebzehnten Legislaturperiode. *Im ersten Teil* der Kontextanalyse werde ich die speziellen Ausprägungen der multiplen Krise in der deutschen Gesellschaft beschreiben (4.1). Ich beginne mit den Eigenschaften des deutschen Neoliberalismus. Im Anschluss werde ich die Regierungsform von Bundeskanzlerin Merkel in systematisierender Weise erläutern, die eine zentrale Rolle in der Bearbeitung der gesellschaftlichen Krisenprozesse spielt. Vor diesem Hintergrund nahm die deut-

sche Entwicklung seit dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise nach 2007 einen gewissen Sonderweg, dessen Merkmale ich herausarbeite. Im zweiten Teil der Kontextanalyse zeichne ich die Entwicklung der Naturverhältnisse und die Geschichte von Atom- und Erneuerbare-Energien-Politik in der Bundesrepublik Deutschland nach (4.2). Ich rekonstruiere sie aus der Perspektive von Hegemoniekämpfen zwischen grauem und grünem Projekt, die beide in der Energiepolitik eine spezifische Gestalt annehmen. Dafür unterteile ich die Zeit zwischen der Gründung der BRD (und der DDR) und dem Jahr 2009 in vier Phasen, in denen ich jeweils die wichtigen Entwicklungen beschreibe.

Im fünften Kapitel werde ich meine eigenen Forschungsergebnisse zu den Auseinandersetzungen präsentieren, die grüne und graue Akteure in der siebzehnten Legislaturperiode um die deutsche Energiepolitik geführt haben. Diese Prozessanalyse stellt den zweiten Baustein der historisch-materialistischen Policy-Analyse dar. Dem Kapitel stelle ich eine Chronologie der wichtigsten Ereignisse, Kämpfe und Gesetzgebungsprozesse im Untersuchungszeitraum voran, um einen anschaulichen Überblick für die folgenden detaillierten Ausführungen anzubieten (5.1). Dazu nehme ich eine Unterteilung der Legislaturperiode in drei Phasen vor, die ich jeweils auch in den folgenden Unterkapiteln anwende. Ich beginne mit der Phase der Laufzeitverlängerung, gehe weiter zur Zeit der energiepolitische Umbrüche nach Fukushima und schließe mit den Auseinandersetzungen um die weitere Umsetzung der Energiewende. Nach dieser chronologischen Zusammenfassung sollen die wesentlichen Merkmale und Veränderungen der Energiewirtschaft zusammengetragen werden

(5.2). Nach einer Einführung in die allgemeinen Konflikte in der Branche und die Entwicklungen bei einzelnen Energieträgern gehe ich auf die Bedingungen der verschiedenen Kapitalgruppen ein.

Dann komme ich zum Kern der Untersuchung, den Policy-Konflikten um die Erneuerbare-Energien- und Atompolitik. Dabei analysiere ich die Auseinandersetzungen in der Zivilgesellschaft und die Prozesse im Staat jeweils getrennt. Zuerst werden die Entwicklungen in der Atompolitik nachgezeichnet (5.3). Die Geschichte beginnt mit den Auseinandersetzungen um die Laufzeitverlängerung. Sie setzt sich fort mit dem Zustandekommen des neuen Atomkompromisses nach Fukushima. Und sie schließt die weitere Entwicklung der Atompolitik nach der Verabschiedung der Atomgesetznovelle ein. Danach folgt die Analyse der umkämpften Förderung erneuerbarer Energien (5.4). Nach einem Abschnitt zu den zwei EEG-Novellen im Schatten der Laufzeitverlängerung sollen die Auseinandersetzungen um die große EEG-Novelle im Frühjahr 2011 ausführlich beleuchtet werden. Schließlich sollen die folgenden Konflikte um die Energiewende nachgezeichnet werden. In einem Exkurs benenne ich zudem wichtige Auseinandersetzungen um die Kohle- und Gaswirtschaft (5.5).

Das sechste Kapitel hat den Zweck, Dynamik und Ergebnisse der Konflikte zwischen grünem und grauem Hegemonieprojekt zu bilanzieren. In dieser Hegemonieanalyse ziehe ich verallgemeinernde Schlussfolgerungen aus den empirischen Erkenntnissen über die konkreten Policy-Konflikte. Als Basis sollen die Entwicklungen in der Energiewirtschaft kurz auf den Punkt gebracht werden (6.1). Im Hauptteil des Kapitels werden die Hegemoniekonflikte in der Energiepolitik als eine Dop-

1. Einleitung

pelbewegung beschrieben. Dieser Begriff bezeichnet ein Muster, in dem sich die Kräfteverhältnisse zwischen den beiden Hegemonieprojekten auf eine bestimmte Weise verschieben und die Projekte sich zugleich durch innere Transformationen einander annähern. Dafür fasse ich erst die Auseinandersetzungen um die Laufzeitverlängerung zusammen (6.2). Sodann gehe ich zu den energiepolitischen Konflikten nach Fukushima über (6.3). Des Weiteren rekonstruiere ich die Kämpfe um die Regulation fossiler Kraftwerke (6.4). Und schließlich beleuchte ich einige Elemente des Merkelismus in der deutschen Energiepolitik (6.5). Am Ende ziehe ich eine Bilanz der hegemonialen Kämpfe zwischen den beiden Projekten und verorte sie in der Geschichte der Energiepolitik.

Im *siebten Kapitel* bringe ich schließlich die verschiedenen Erkenntnisse, die in den bisherigen Kapiteln der Arbeit gewonnen wurden, in einer *Synthese* zusammen. Ich beginne damit, die Verbindungen zwischen den Herrschaftsstrategien in der multiplen Krise einerseits und den jüngeren Auseinandersetzungen in der deutschen Energiepolitik andererseits herauszuarbeiten (7.1). Daran anschließend soll schließlich aus den Ergebnissen der Arbeit geschlussfolgert werden, welche Bedeutung die Auseinandersetzungen um die jüngere deutsche Energiepolitik für die Potenziale eines grünen Kapitalismus in der multiplen Krise haben (7.2). Ferner werde ich einige theoretische Punkte benennen, die sich aus der Umsetzung und den Ergebnissen meiner Arbeit für einen

strategisch-relationalen Marxismus lernen lassen (7.3). Nicht zuletzt möchte ich einige Thesen formulieren, wie diese Erkenntnisse in emanzipatorische Strategien übersetzt werden könnten (7.4). Das *achte Kapitel* bildet den *Schluss* der Arbeit. Darin soll ein Ausblick auf die weiteren Entwicklungen in der Energiepolitik gegeben werden.

Wer sich eingehender mit der Methodik, die dieser Arbeit zugrundeliegt, beschäftigen möchte, kann sich auf der Homepage des Verlages ein ausführliches Methodenkapitel herunterladen³.

Anmerkungen

- 1 Ich verwende einen Stern »*« in meiner Schreibweise von Personengruppen, um kenntlich zu machen, dass es eine Vielfalt von Geschlechtern gibt. Alle Menschen sollten dies frei wählen können – unabhängig von dem ihnen sozial zugeschriebenen Geschlecht.
- 2 In einer Untersuchung der europäischen Energiepolitik habe ich gemeinsam mit Tobias Haas herausgearbeitet, dass beim Ausbau der erneuerbaren Energien in der EU zwei Paradigmen miteinander konkurrieren: Das eine basiert vor allem auf dezentralen Technologien und nicht-monopolistischen Akteuren (Deutschland, Dänemark), das andere ist durch zentrale Technologien und etablierte monopolistische Unternehmen geprägt (Spanien, Großbritannien) (Haas/Sander 2013a; Haas/Sander 2013b). Die Ergebnisse dieser Dissertation deuten darauf hin, dass in Deutschland das dezentrale tendenziell von dem zentralen Modell überlagert und abgelöst wird.
- 3 <http://www.bertz-fischer.de/aufdemweg/pdf/methoden.pdf>

Einleitung aus: Hendrik Sander:

Auf dem Weg zum grünen Kapitalismus? Die Energiewende nach Fukushima
ISBN 978-3-86505-801-0 | © 2016 Bertz + Fischer Verlag / www.bertz-fischer.de